

1. Wie groß ist die Chance, dass die Bundesregierung nach dem Konflikt mit Liechtenstein wirklich entschlossener gegen Steueroasen weltweit vorgeht? Sicher ist, dass nun mehr passieren wird. Steinbrück hat das Thema auf die Tagesordnung des nächsten Treffens der EU-Wirtschafts- und Finanzminister gesetzt und Sanktionen gegen widerspenstige Steueroasen gefordert. Auch der Ton und die Forderungen an Liechtenstein durch die Bundeskanzlerin waren eindeutig. Wenn man die Forderungen an Liechtenstein genauer analysiert, stellt man leider fest, dass sie unzureichend sind. Die meisten Steuerhinterzieher blieben unentdeckt.

2. Ist es einfach schwierig, Steueroasen auszutrocknen oder fehlt den Regierungen der Mut?

Es bringt internationale Konflikte und dazu fehlt den Regierungen der politische Wille. Die Steueroasen und die sie protegierenden Länder wie Großbritannien, USA und Frankreich sind Mitglieder der EU, der OECD, der G8. Daher müssen Maßnahmen mit anderen entschlossenen Ländern gemeinsam organisiert werden.

3. Es gibt seit 1998 eine Initiative der OECD gegen "schädlichen Steuerwettbewerb". Was hat die gebracht?

Viel Papier. Die Kernforderung der Initiative wurde verwässert. Waren zunächst niedrige Steuersätze für ausländische Kapitalanleger im Fokus, ist es heute nur noch der steuerliche Informationsaustausch im Einzelfall. Wenn die Steuerbehörden jedoch nicht wissen, wen und wo sie suchen sollen, nützt das nichts. An die OECD-Mitglieder Luxemburg und Schweiz wurden die Forderung nach Lockerung des Bankgeheimnisses gar nicht erst gestellt. Die OECD misst mit zweierlei Maß.

4. Nach dem 11. September hat die US-Regierung den Steueroasen in der Karibik damit gedroht, dass sie nicht mehr mit Dollarpapieren handeln und schon hatte sie Zugang zu den Konten von Verdächtigten. Ist die Kontrolle der Steuerparadiese also doch einfacher, als wir glauben?

Natürlich. Technisch ist es ganz einfach. Eine Steueroase ohne Zugang zum globalen Finanzmarkt ist wie eine Oase ohne Wasser. Unkooperative Steueroasen gehören auf eine Schwarze Liste. Die Staaten auf der Liste müssen mit Einschränkungen des Kapitalverkehrs rechnen. Dann ist schnell Schluss mit dem Oasenspuk. Das geht nicht aber nicht in der EU. Mit dem Paradies hat das Steueroasenunwesen übrigens wahrlich nichts zu tun.

5. Im Jahre 2005 hat die Europäische Union immerhin eine Zinsrichtlinie verabschiedet, um Mindeststandards für die Geldanlage zu setzen. Wie gut funktioniert die?

Die Zinsrichtlinie hat das Prinzip des automatischen Informationsaustausches erstmal in das internationale Recht eingeführt. 24 von 27 EU-Ländern informieren sich seit 2005 gegenseitig über Zinserträge von Privatpersonen. Leider ist für den Fiskus nicht viel dabei herausgekommen, denn die Richtlinie ist leicht zu umgehen. Dividenden, Derivate und Veräußerungsgewinne sind ausgenommen. Sie gilt nur für Privatpersonen. Stiftungen, Trusts und Unternehmen sind nicht erfasst. Schließlich wurde Österreich, Belgien und Luxemburg und in der Folge auch den Kanalinseln, Monaco, Schweiz, Liechtenstein erlaubt, eine anonymisierte Quellensteuer zu erheben. Andere wichtige Steueroasen wie die USA, Singapur und HongKong kooperieren gar nicht. All diese Lücken wurden von Vermögenden genutzt, ihre Anlagen rechtzeitig vor dem Inkrafttreten der Zinsrichtlinie umzuschichten. Daher muss die Zinsrichtlinie dringend erweitert werden. Alle Kapitaleinkünfte müssen einbezogen werden. Sie muss auch für Körperschaften gelten und auf alle Länder ausgeweitet werden, mit den die EU enge wirtschaftliche Beziehungen pflegt.

6. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass es in der Europäischen Union zu Mindeststeuersätzen kommt, die in allen Ländern gelten?

Irgendwann wird es dazu kommen. Denn ein gemeinsamer Markt mit voller, gesetzlich garantierter Kapitalverkehrsfreiheit ist mit völlig unterschiedlichen Steuersätzen auf Kapitalerträge unvereinbar. Die Spanne von 0% bis 35% ist nicht durchzuhalten. Die Ungleichheiten werden immer weiter wachsen. Das wird die Mehrheit der BürgerInnen auf Dauer nicht hinnehmen. Wir fordern, dass die

Bundesregierung bei den nächsten EU-Budgetverhandlungen eine ähnlich harte Linie fährt, wie den Interessen der Auto- und Chemiekonzernen. Der größte EU-Nettozahler muss sich nicht gefallen lassen, von einem Kranz von Steueroasenländern fiskalisch beraubt zu werden. Es ist wieder eine Frage des politischen Willens.

7. Wie weit ist die internationale Bewegung für mehr globale Steuergerechtigkeit?

In einigen Bereichen gab es große Fortschritte. Die zivilgesellschaftlichen KritikerInnen der Steueroasen haben sich im internationalen Tax Justice Network zusammengeschlossen und ihre Forderungen harmonisiert. Das ist die Voraussetzung, um international etwas zu erreichen. In der EU, OECD und G8 haben wir es mit Symbolpolitik zu tun. Über das Thema wird gesprochen und unwirksame Maßnahmen beschlossen. Die größten Hoffnungen richten sich auf internationale UN-Prozesse. Im Rahmen der UN haben über 40 Regierungen eine Initiative gestartet, um die Steueroasen zu schließen und die Erträge für die Armutsbekämpfung zu verwenden. Der große Vorteil der UN ist, dass Maßnahmen von entschlossenen Ländern beschlossen werden können, ohne dass die Steueroasenländer und ihre Beschützerstaaten zustimmen müssen.

**Online-Aktion „Steuerflucht stoppen“ zum Unterschreiben:**

**<http://luki.campact.de/campact/home>**